

Obwaldner Zeitung

Montag, 5. März 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 53 | Fr. 3.50 | € 4.- www.obwaldnerzeitung.ch



Wertvoller Punkt
Der FCL hält mit
dem 1:1 in Sion
den Letzten auf
Distanz. 36

Blöchliger und Christen jubeln

Nidwalden Gleich im ersten Wahlgang sind die Würfel gefallen. Mit Michèle Blöchliger (SVP) und Joe Christen (FDP) als Neue bleibt der Regierungsrat ein rein bürgerliches Gremium. Mit ihrer Wahl gelang Blöchliger gestern parteiintern Historisches. Sie ist die erste Frau in der Geschichte der SVP Nidwalden, die in der Exekutive Einsitz nimmt. Die fünf Bisherigen schafften die Wiederwahl mühelos.

Im Landrat geht die FDP als Siegerin hervor. Sie legte um zwei Sitze zu und stellt nun 17 Landräte. Damit ist sie künftig die grösste Fraktion. (red) 23-25

In eigener Sache

Mit dieser Ausgabe erscheint unsere Zeitung neu auch montags im Zweibund-System. So, wie Sie es, liebe Leserinnen und Leser, von den Ausgaben von Dienstag bis Samstag bestens kennen. Wie bis anhin werden der Montagszeitung alternierend das Magazin «APERÖ» und die «TV-Woche» beigelegt. Grund für die Harmonisierung der Werktagsausgaben sind Anpassungen der Druckprozesse im Ringier-Druckzentrum in Adligenswil. (red)

Wahlfreude bei den Bisherigen

Obwalden Josef Hess, Christoph Amstad und Maya Büchi-Kaiser schafften gestern auf Anhieb die Wiederwahl in den Regierungsrat. Auf die fünf neuen Kandidaten wartet der zweite Wahlgang.

Franziska Herger
franziska.herger@obwaldnerzeitung.ch

Nur drei Kandidaten für den Regierungsrat schafften es gestern auf Anhieb, die Wähler zu überzeugen: Es sind die Bisherigen Josef Hess (parteilos), Christoph Amstad (CVP) und Maya Büchi-Kaiser (FDP). Die Finanzdirektorin konnte sich jedoch nicht wie ihre beiden Mitkandidaten über ein glanzvolles Resultat freuen, sondern entkam dem zweiten Wahlgang nur knapp.

Die neuen Kandidaten müssen dagegen am 8. April nochmals zur Wahl antreten, sofern sie wieder kandidieren. Klar ist dies wohl bei Christian Schäli (CSP) mit dem besten Resultat unter den Neuen sowie bei Daniel Wyler, der die SVP endlich in die Regierung bringen will. Jürg Berlinger (überparteiliches Komitee) und Florian Spichtig (parteilos) kündigten dagegen taktische Überlegungen an, während die CVP trotz mässigem Resultat weiter auf Michael Siegrist setzen will. Im Kantonsrat legten die Polparteien zu, die Mitteparteien verloren dagegen Sitze. 19-22



Regierungsrat Christoph Amstad zeigt alt Kantonsrätin Monika Brunner Freude über sein Ergebnis.

Bild: Roger Zbinden (Sarnen, 4. März 2018)

Leitartikel zur No-Billag-Abstimmung

Die SRG bleibt eine politische Baustelle

Mit überwältigender Mehrheit haben die Stimmbürger der No-Billag-Initiative eine Abfuhr erteilt. Es ist dies eine Kanterniederlage, typisch in unserem Land bei Volksbegehren, die einen radikalen Systemwechsel verlangen. Die Schweizer mögen keine Revolutionen. Und sie mögen nicht auf Dinge verzichten, an die sie sich gewöhnt haben. Auch wenn sie dafür bezahlen müssen.

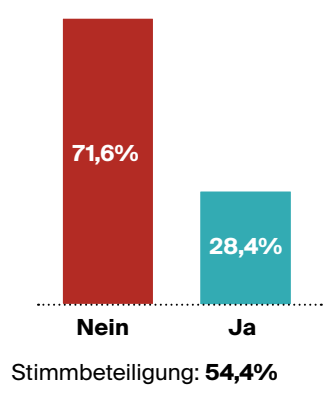
Darum ging es nämlich in dieser Vorlage: um das Ende des öffentlichen Rundfunks. Ein Ja hätte ein Erdbeben ausgelöst und auch für Teile der privaten Rundfunkveranstalter das Aus bedeutet. Die Behauptung der Befürworter, wonach die SRG auch ohne Gebührgelder weiterexistieren könne, war letztlich hilflos. So leicht lässt sich der Souverän nicht Sand in die Augen streuen. Gut so.

bleibt nun alles beim Alten? Nur 35,6 Prozent haben am 26. November 1989 der Initiative zur Abschaffung der Armee gestimmt. Dennoch hat die Volksinitiative in der Folge zu einschneidenden und über alles gesehen sinnvollen Reformen im Bereich der Landesverteidigung geführt. Was beweist: Klug ist Politik dann, wenn sie auch und gerade im Triumph die richtigen Schlüsse zieht.

Die Debatte um «No Billag» und Umfragen haben gezeigt: Auch wenn eine komplette Abschaffung des öffentlichen Rundfunks auf Ablehnung stösst, so ist ein gewisser Reformbedarf doch weitherum anerkannt. Manche, die nun ein Nein in die Urne gelegt haben, taten dies im Vertrauen, dass im Abstimmungskampf versprochene Reformen auch wirklich angepackt werden.

Bei einer weniger radikalen Vorlage hätten sie womöglich Ja gestimmt. Das ist nun zwar eine theoretische Frage; aber sie kann ganz praktisch werden, wenn etwa eine Volksinitiative für eine Halbierung der Billag-Gebühren aufs Tapet käme.

No-Billag-Initiative



Bereits jetzt ist klar, dass sich das Parlament sogleich wieder mit der Frage der Höhe der Gebühren zu befassen hat. Und damit, wie viel aus dem Gebührentopf für die privaten Rundfunkveranstalter zur Verfügung gestellt wird. Auch klar ist, dass erneut über Werberestriktionen für die SRG debattiert werden wird. Das sind gewiss wichtige Fragen, auf die es neue Antworten braucht. Und dennoch zielen sie am Kern vorbei.

Der Kern nämlich ist: Das Mediensystem in unserem Land befindet sich in einem fundamentalen Umbruch. Die Digitalisierung hat die Ertragspfeiler der privaten Medienhäuser geschwächt. Zwar gibt es Ansätze, wie die publizistische Grundversorgung unseres Landes auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Doch wenn die SRG als gebühren-

finanzierte Anbieterin ihr Angebot im digitalen Raum erweitert, so gefährdet sie diese. Mehr noch: Sie könnte zur Totengraberin einer lebendigen Medienlandschaft im Internet werden – gerade auf der lokalen und regionalen Ebene.

Die Abstimmung hat gezeigt: Die Schweizer wollen die SRG erhalten. Die ökonomische Realität zeigt: Die SRG braucht Leitplanken, damit sie die Medienvielfalt und die Informationsversorgung in der Fläche nicht bedroht.

Dass staatsnahe Betriebe nur jene Dienstleistungen anbieten sollten, die Private nicht ebenso gut erbringen könnten, ist in einem marktwirtschaftlich verfassten Staat eine eherne Maxime. Im Bereich der meinungsbildenden Medien geht es

dabei nicht nur um ökonomische Effizienz, sondern um Vielfalt und Demokratie.

Die SRG hat in ihren Online-Angeboten zwar nun Zugeständnisse angekündigt. Doch das reicht nicht. Es ist am Bund, hier klare Vorgaben zu machen. Der Bundesrat und das mehrheitlich SRG-freundliche Parlament müssen die Weichen so stellen, dass private Medienhäuser Luft zum Atmen haben. Bisher hat man davon wenig gesehen. Doch auch sie können ja im Triumph wachsen.



Pascal Hollenstein